Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich 20 Pfg., monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2,10 Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebs der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Interent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Unverlangte Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts- Blatt

für die Königliche Amtshauptmannschaft Meißen, für das sowie für das Königliche Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Insertionspreis 25 Pfg. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis 15 Pfg., Reklamen 45 Pfg., alles mit 50% Teuerungszuschlag. Bei Wiederholung und Jahresaufträgen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil nur von Behörden: die Spaltzeile 60 Pfg. bez. 45 Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. 30 Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend 6 Mk., für die Postausgabe Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Größte Platzvorschrift 25% Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Netto-Preise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Ziel, gerichtliche Einziehung, gemeinsame Anzeigen verteuern. Irrtümer bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart, durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Nr. 40. | Sonnabend den 16. Februar 1918. | 77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Ergebnisse der Luftkämpfe im Januar.

Geht es abwärts?

Englische Beobachter sind es, die behaupten, daß Lloyd George nach seiner letzten Rede im Unterhause den Eindruck eines müden, abgearbeiteten, von der Sieghaftigkeit seiner Sache nicht mehr überzeugten Mannes gemacht habe. Als er den Sitzungssaal verließ, seien seine Kollegen in sichtlich niedergeschlagener Stimmung zurückgeblieben, und man habe das Gefühl gehabt, als ob eine politische Krisis in der Luft wäre. Es scheint danach, daß man sich auf Überraschungen in England gefaßt machen muß; es wäre nicht das erste Mal, daß Wetterzeichen in der Heimat einer militärischen Katastrophe im Felde voranleuchteten.

Sucht man den Ursachen des Mißbehagens nachzugehen, das im englischen Volke nach irgendeiner Entscheidung drängt, so sind es anscheinend die Beschlüsse des Versailler Kriegsrats, denen man kein volles Vertrauen entgegenbringen mag. Nicht die stolze Verkündung, daß der Krieg trotz aller Friedensangebote der Mittelmächte mit äußerster Kraft weitergeführt werden würde; an dieser unverbesserlichen Halsstarrigkeit hat die öffentliche Meinung in England gar nichts auszusetzen. Aber aus den heftigen, streng geheimgehaltenen Abmachungen scheint manches durchgesickert zu sein, was die kritischer veranlagten Gemüter in höchstem Maße beunruhigt. In ihrem Namen bat Asquith den Ministerpräsidenten um Aufklärung. Dieser aber hüllte sich in den Mantel des Staatsgeheimnisses und beschwor förmlich das Unterhaus, nicht weiter in ihn zu dringen, wenn er nicht dem Feinde die allerwichtigsten Fingerzeige für das, was das Frühjahr ihm bringen solle, vermitteln wolle. Dazu könne und werde er seine Hand nicht bieten, und wenn das Parlament sich in dieser Frage nicht hinter ihn stelle, dann müßte er sich eine andere Regierung suchen. Haig und Robertson, die beiden Oberbefehlshaber des britischen Heeres, seien bei den Beratungen in Versailles natürlich zugegen gewesen, und wenn man kein Vertrauen habe, dann müßten auch diese beiden Männer ersetzt werden. Wenn aber die Presse sich dieser Angelegenheit bemächtigen wolle, so hieße das die Führung des Krieges unmöglich zu machen. Die Losung müsse jetzt heißen: Schluß mit der Debatte: er wenigstens werde sich an ihr nicht länger beteiligen.

Es geht also um die militärische Führung auf der Entente-Seite, soviel ist klar. Man weiß nicht erst seit heute, daß die Leistungen der Haig und Robertson namentlich seit der letzten, blutig gescheiterten Flandernoffensive von heimischen Sachverständigen heftig bekrittelt werden, denen das Herz zittert bei dem Gedanken, daß diesen Männern auch die voraussichtlich endgültigen Entscheidungen des Jahres 1918 anvertraut bleiben sollen. Und deshalb scheint man in London bis auf weiteres entschlossen zu sein, nicht still zu halten, trotz der flehentlichen Bitten Lloyd Georges; es steht eben zuviel auf dem Spiel. Die „Daily News" betonen die Notwendigkeit, die Angelegenheit bis auf den Grund zu prüfen. Vor allem müsse das Unterhaus erfahren, ob die britischen Heerführer dem französischen Oberbefehl unterstellt worden sind. Das Blatt nennt in diesem Zusammenhange den Namen des Generals Nivelle, der, wenn wir nicht irren, in Frankreich als „Bluthund" gekennzeichnet wurde — Verdunschen Angedenkens. Wenn wirklich er und nicht der General Foch an die Spitze der Westheere gestellt sein sollte, so wäre allerdings zu begreifen, daß man in England den kommenden Ereignissen nur mit Schrecken entgegensieht. Das Blatt verlangt bessere Gründe als die bisher gehörten für die Wahl gerade dieses Mannes, die es als Ausflüchte abtut. Auch den Einwand will es nicht gelten lassen, daß es sich um eine abgemachte Sache handle und daß man keine Ungelegenheiten gegenüber den Bundesgenossen herbeiführen dürfe. Wenn das Parlament nicht konsequent und entschlossen handle, werde es noch zu ganz anderen Ungelegenheiten kommen. Es müsse, geschehe was da wolle, deutlich gemacht werden, daß England von Weltminister und nicht von Versailles regiert werde.

Das sind scharfe Worte, die unmöglich ohne Echo bleiben können. Sie lassen erkennen, wie gering in Wahrheit das gegenseitige Vertrauen der Bundesgenossen auf ihre militärische Zuverlässigkeit ist, und was man von den pomphaften Erklärungen zu halten hat, mit denen sie regelmäßig nach ihren Konferenzen und Zusammenkünften auseinandergehen. Wenn schon Lloyd George die Geister in der Heimat nicht mehr beherrschen kann, dann muß es unfehlbar abwärts gehen mit der Siegeszuversicht in England. Für die bevorstehenden Entscheidungskämpfe im Westen just die rechte Stimmung!

Scharfe Stimmung gegen Lloyd George.

Eine Anzahl Londoner Blätter, vor allem der radikale „Star", behaupten, die Stellung des Kabinetts Lloyd George sei stark erschüttert. Das Ansehen des Ministerpräsidenten habe Mittwoch einen erheblichen Stoß bekommen, daran sei nicht zu zweifeln. Der Schriftleiter der „Daily News", Gardiner, richtet einen offenen Brief an den Leiter der liberalen Partei. Der Brief ist eine äußerst vernichtende Anklageschrift gegen die Regierung Lloyd Georges, deren unsauberes Zustandekommen mit Hilfe der seit Kriegsbeginn bestehenden Verbindung zwischen Lloyd George und Northcliffe und deren Amtsführung mittels einer Ekel erregenden Pressekamarilla der Schreiber in den schärfsten Ausdrücken geißelt. Gardiner wirft dem Ministerpräsidenten Günstlingswirtschaft, Ränke, Ausschaltung des Parlaments und unheilvolle Gelegenheitspolitik ohne große Gedanken vor. Das Volk habe alles Vertrauen in die Regierung verloren, die in bezug auf die Kriegsziele stets Unaufrichtigkeit gezeigt habe. „Wir wollen", sagt Gardiner, „keine Annexionen, keine Kriegsentschädigung zur Strafe. Wir wollen das Schwert vernichten, um die Grundlage für einen Völkervertrag zu legen, um die Lehre der Selbstbestimmung in allen Ländern durchzuführen, um die Abrüstung zu erzwingen und einen Völkerbund zu gründen und um unsern Kindern die Möglichkeit einer besseren Erbschaft zu geben, als der einer für den ewigen Krieg organisierten Welt." Die liberale Partei dürfe nicht länger stillsitzen und dem Harlekinspiel der jetzigen Regierung länger zusehen. Sie dürfe das bedrohliche Versailler Geheimnis nicht geduldig hinnehmen und sich nicht mit der Phrase, daß Offenheit nicht im öffentlichen Interesse liege, abspeisen lassen, wo Männer, die keine Partei hinter sich hätten, politisch bankrott seien und mit der Hungersnot und mit Millionen Menschenleben spielten. England brauche eine Regierung, die volles Vertrauen des Volkes besitze und unzweideutig für die Grundsätze: Keine Annexionen, keine Kriegsentschädigung als Strafe, nationale Selbstbestimmung und Völkerbund eintrete. Gardiner schließt: Die erste Voraussetzung eines reinlichen Friedens ist, daß wir eine reinliche Regierung haben.

Balfour sucht zu retten.

Im Unterhause versuchte Mittwoch der Minister des Auswärtigen Balfour der bedrohten Regierung neue Stützen zu geben. Er wandte sich gegen die Angriffe mehrerer Abgeordneten auf den obersten Kriegsrat in Versailles. Dieser sei in erster Linie zur Besprechung der großen militärischen Fragen zusammengekommen und habe eine Erklärung über die Schlüsse aus den Reden Hertlings und Czernins abgegeben, er habe aber nicht die Kriegsziele besprochen. In den Reden Hertlings und Czernins habe der oberste Kriegsrat keine Friedensannäherung gefunden. Es habe keinen Sinn, der Regierung vorzuwerfen, sie bediene sich nicht diplomatischer Mittel. Das hätte nur dann Zweck, wenn man mit einem Volke zu tun habe, das entschlossen sei, zu einer Übereinstimmung zu gelangen. Die Mittelmächte hätten aber offen gezeigt, daß sie keine solche Absicht hätten.

Nach den Äußerungen der Presse hat diese Wiederholung aus den sattsam bekannten Kriegsreden Lloyd Georges durch Balfour die gegen das Kabinett herrschende Mißstimmung in keiner Weise beschwichtigt oder eingedämmt.

Der Krieg.

Kaiser Karl an seine Völker.

Friedenshoffnungen.

Wien, 14. Februar.

In einem Erlaß an die Völker Österreichs weist Kaiser Karl darauf hin, daß die siegreichen Waffen und die ausdauernde und aufrichtige Friedenspolitik in gleicher Weise zum Abschluß des Friedens mit der Ukraine beigetragen habe. Dann heißt es weiter in dem Erlaß:

Vereint mit meinen schwer geprüften Völkern vertraue ich darauf, daß nach dem ersten für uns so erfreulichen Friedensschlusse bald der allgemeine Friede der leidenden Menschheit geträumt sein werde. Unter dem Eindrucke dieses Friedens mit der Ukraine wendet sich unser Blick voll Sympathie jenem strebsamen jungen Volke zu, in dessen Herzen zuerst unter unsern Gegnern das Gefühl der Nächstenliebe wirksam wurde und welches nach in zahlreichen Schlachten bewiesener Tapferkeit auch dazu genügende Entschlossenheit besaß, um seiner besseren Überzeugung vor aller Welt durch die Tat Ausdruck zu verleihen. So schied es denn als erstes aus dem Lager unserer Feinde aus, um im Interesse der möglichst raschen Erreichung des nunmehr gemeinsam großen Zieles seine Bestrebungen mit unserer Kraft zu vereinen.

Zum Schluß erklärt der Monarch, daß er sich mit seinen Völkern in dieser Stunde des ersten Friedensschlusses ebenso eins fühle, wie in dem felsenfesten Entschlusse, den Kampf bis zur Erreichung eines ehrenhaften Friedens durchzufechten.

Die Lage im Osten.

Weitere Beratungen im Hauptquartier.

Berlin, 14. Februar.

Von maßgebender Seite wird darauf hingewiesen, daß der Befehl zu der Demobilmachung, den Trotzki und die Volkskommissäre am Sonntag durch Funkspruch erteilt hatten, an demselben Tage, vier Stunden danach, wieder zurückgezogen worden ist. Eine Demobilmachung des russischen Heeres ist also tatsächlich nicht erfolgt.

Über die durch den Abbruch der Verhandlungen in Brest-Litowsk geschaffene Lage wird von zuverlässiger Seite folgendes mitgeteilt:

Durch die Trotzkischen Erklärungen ist eine Situation geschaffen, wie sie in der Weltgeschichte wohl noch nie dagewesen ist. Verschiedene aus dieser Lage sich ergebenden Probleme bilden zurzeit bekanntlich den Gegenstand der Beratungen im Großen Hauptquartier, die zu einer vollen Übereinstimmung der Auffassungen zwischen der militärischen und der politischen Leitung geführt haben und die noch fortgesetzt werden. Besonders interessant ist das Waffenstillstandsproblem, d. h. die Frage, ob der Waffenstillstand überhaupt noch zu Recht besteht oder nicht. Der Waffenstillstand ist seinerzeit ausgesprochen zu dem Zweck abgeschlossen worden, den Frieden zwischen den beiden Teilen herbeizuführen. Nun, nachdem der Abschluß eines Friedens überhaupt nicht erfolgt ist und auch nicht in naher Aussicht steht, ist also der Hauptdaseinszweck des Waffenstillstandsvertrages überhaupt verschwunden, und die Auffassung liegt nahe, daß nach Ablauf der vorgesehenen Frist damit der Kriegszustand automatisch wieder in Kraft tritt, eine Tatsache, an der auch die einseitige Demobilmachung Rußlands nichts ändern würde.

Graf Czernin über den Friedensschluß.

Der österreichische Minister des Äußeren, Graf Czernin, antwortete auf eine Begrüßung bei seiner Rückkehr nach Wien:

„Das, was in Brest-Litowsk geschehen ist, ist noch nicht das Ende, aber es ist der Anfang des Weltfriedens. Nicht nur politische Krankheiten sind ansteckend, auch politische Genesungen, auch der Friede wirkt ansteckend, was die Zukunft beweisen wird. Brest-Litowsk ist aber auch in wirtschaftlicher Beziehung bedeutungsvoll. Was dort geschaffen wurde, ist ein Brotfrieden, das Gegenteil von dem, was man einen Hungerfrieden nennt. Gewiß sind die Schwierigkeiten, die dem Transport entgegenstehen, noch bedeutend. Aber es sind alle Vorkehrungen getroffen, und wenn auch die Verhältnisse sich nicht rasch von Tag zu Tag bessern werden, so werden sie sich doch von Monat zu Monat bessern."

Die Zukunft Litauens.

Bischof Karewizius von Kowno, der im Großen Hauptquartier und in Berlin mit den leitenden Personen über die litauische Frage verhandelt hat, erklärte in einer Unterredung mit einem Berliner Zeitungsvertreter, er sei gekommen, um den deutschen leitenden Stellen nahezulegen, daß die Zeit gekommen sei, ein selbständiges Litauen zu schaffen, das natürlich Anlehnung an Deutschland suchen würde. Dem größten Teil der litauischen Bevölkerung schwebt die Schaffung eines monarchischen Staatswesens auf christlich-konservativer Grundlage vor. Nur wenig zahlreiche Elemente versuchen aufs neue, Beziehungen mit Rußland anzuknüpfen. Nach Meinung des Bischofs Karewizius bildet die litauische Sache bereits den Gegenstand von Erörterungen im Großen Hauptquartier.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 14. Febr. Nach zuverlässigen Nachrichten hat die französische Regierung eine Bestimmung erlassen, die den Militärgeistlichen verbietet, sich bei den französischen Regimentern aufzuhalten, da man ihren Einfluß fürchtet.

Berlin, 14. Febr. Wie von zuständiger Seite gemeldet wird, sind die rumänischen Unterhändler, die zunächst über die Verlängerung des Waffenstillstandes verhandeln sollen, heute an ihrem Bestimmungsorte eingetroffen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF